

Niederschrift
zur 1. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Ausschusses Kultur, Tourismus und
Landesgartenschau der Stadt Zossen

Sitzungstermin: Dienstag, den 07.02.2012
Sitzungsbeginn: 19:01 Uhr
Sitzungsende: 20:15 Uhr
Ort, Raum: Rathaus der Stadt Zossen, Sitzungsraum, EG,
Marktplatz 20 in 15806 Zossen

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender
Herr Carsten Preuß

Ausschussmitglieder
Dr. Rainer Reinecke
Herr Reinhard Schulz

sachkundige Einwohner
Frau Sabine Friedrich
Herr Klaus Reinhardt
Frau Dietlinde Sülflow

Bürgermeisterin
Frau Michaela Schreiber

Protokollantin:
Frau Miriam Heinrich

Gäste
Frau Barbara Kaulen, Frau Christa Hein, Herr Konrad Tschorn, Herr Peter Schmitt, Frau Ilona Schmitt, Frau Pamela Ziemeck, Frau Carmen Trebschuh (ab 19:35 Uhr)

Es fehlen:

<u>Ausschussmitglieder</u>	
Herr Torsten Kniesigk	entschuldigt, <u>kein</u> Vertreter anwesend
Herr Ralf Markwardt	entschuldigt, <u>kein</u> Vertreter anwesend
Herr Rainer Zurawski	entschuldigt, <u>kein</u> Vertreter anwesend

<u>Sachkundige Einwohner:</u>	
Herr Andreas Sakowski	nicht entschuldigt

Zu 1.

Eröffnung durch den Ausschussvorsitzenden

Der Ausschussvorsitzende, Herr Preuß, eröffnete die Sitzung um 19:00 Uhr.

Zu 2.

Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Sülflow (sachkundige Einwohnerin) stellte den Antrag, dass die Beschlussfähigkeit festgestellt werden soll.

Herr Preuß stellte fest, dass von 10 Ausschussmitgliedern 6 Ausschussmitglieder anwesend waren und der Ausschuss somit beschlussfähig sei.

Frau Schreiber vertrat die Auffassung, dass der Ausschuss nicht beschlussfähig sei, da die sachkundigen Einwohner des Ausschusses hinsichtlich der Beschlussfähigkeit nicht mitzuzählen sind. Da nur drei der sechs stimmberechtigten Ausschussmitglieder anwesend waren, war der Ausschuss aus ihrer Sicht nicht beschlussfähig. Herr Preuß bezog sich auf die beiden Schreiben der Kommunalaufsicht vom 13.01.2012 und 07.02.2012. Demnach zählen auch die sachkundigen Einwohner bei der Feststellung der Beschlussfähigkeit mit.

Herr Reinhardt kritisierte das Verhalten der Bürgermeisterin und würdigte es als schlechten politischen Stil und Affront gegen die Facharbeit des Ausschusses. Damit wird der Tourismus vernachlässigt, obwohl er für die Stadt sehr wichtig ist. Er forderte die Bürgermeisterin auf, dafür Sorge zu tragen, dass ihre Plan B-Kollegen ihren Pflichten nachkommen. Weiterhin wies er darauf hin, dass diese Sitzung öffentlich ist und die Bürgermeisterin durch ihren Weggang einen Dialog mit den Bürgern zu den Tagesordnungspunkten 7. Einwohnerfragestunde und 5. Bericht aus der Verwaltung ausweicht.

Frau Schreiber und die Protokollführerin verließen gegen 19:11 Uhr die Sitzung.

Zuvor hatte Herr Preuß sie darauf hingewiesen, dass gemäß § 17 der Geschäftsordnung der SVV der Stadt Zossen die Bürgermeisterin für die Fertigung der Niederschrift verantwortlich ist. Auch dies gehe nochmals aus dem Schreiben der Kommunalaufsicht vom 13.01.2012 hervor.

Herr Preuß übernahm die Protokollführung.

Frau Sülflow erklärte, dass sie es nachvollziehen kann, dass die drei Stadtverordneten nicht mehr in den Ausschuss KTL kommen, solange Herr Preuß Ausschussvorsitzender ist. Sie verwies auf Äußerungen aus dem Bürgermeisterwahlkampf aus dem Jahre 2011 – ohne jedoch konkret zu werden.

Herr Reinhardt erklärte, dass es hier um die Arbeit des Ausschusses geht.

Herr Preuß informierte darüber, dass er die Ausschussmitglieder Torsten Kniesigk, Ralf Markwardt und Rainer Zurawski angeschrieben und darauf aufmerksam gemacht hat, dass Stadtverordnete nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten zu erfüllen haben (§ 31 Abs. 1 BbgKVerf). Hierzu zählt, dass Sie an den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschüsse, denen sie angehören, teilzunehmen haben. Zudem hat er die Fraktionsvorsitzenden von CDU und Plan B darum gebeten, dafür zu sorgen, dass die Fraktionsmitglieder, die Mitglieder im Ausschuss KTL sind, ihren Pflichten nachkommen sollen. Hierzu zählt gemäß der Hauptsatzung, dass im Verhinderungsfall, ein Vertreter informiert wird der an der Ausschusssitzung teilnimmt. Dies ist zum wiederholten Male nicht geschehen.

Frau Sülflow verließ gegen 19:18 Uhr die Sitzung.

Zu 3.

Feststellung der Tagesordnung

Herr Preuß informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass er ursprünglich den Tagesordnungspunkt *Vorentwurf zum FNP für die Stadt Zossen* auf der Tagesordnung hatte, dieser Punkt wurde aber ohne Rücksprache mit dem Ausschussvorsitzenden von der Bürgermeisterin gestrichen.

Er fragte die Ausschussmitglieder ob dieser Punkt wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden soll. Nach kurzer Diskussion verständigte man sich darauf, die Tagesordnung nicht zu erweitern.

Abstimmung zur vorliegenden Tagesordnung: 3 / 0 / 0

Zu 4.

Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 22.11.2011

Es lagen keine Einwendungen zu der öffentlichen Niederschrift vom 22.11.2011 – die per E-Mail vom 10.01.2012 an alle Ausschussmitglieder verschickt wurde - vor. Damit wurde das Protokoll bestätigt.

Es lag eine zweite Niederschrift vor, die jedoch nach dem Tagesordnungspunkt Beschlussfähigkeit endet. Diese Niederschrift wurde, ohne dass sie vom Ausschussvorsitzenden bestätigt wurde, durch die Verwaltung mit der Einladung verschickt. Diese von der Verwaltung vorgelegte Niederschrift konnte nicht bestätigt werden, da sie unvollständig ist.

Die Bestätigung der Niederschrift vom 23.08.2011 (Wiedervorlage) – wie in der Tagesordnung aufgeführt - ist nicht notwendig, da diese auf der Sitzung am 22.11.2011 bereits bestätigt wurde. Die Bestätigung der Niederschrift vom 23.08.2011 – als Wiedervorlage - wurde ohne Rücksprache mit dem Ausschussvorsitzenden, durch die Bürgermeisterin in den Tagesordnungspunkt 4 aufgenommen.

Zu 5.

Bericht aus der Verwaltung

Es lag kein Bericht aus der Verwaltung vor. Mit der Bitte um die Versendung der Einladungen zur Ausschusssitzung und dem Entwurf für die Tagesordnung, hatte Herr Preuß die Bürgermeisterin darum gebeten, die Ausschussmitglieder in der Sitzung - im Tagesordnungspunkt *Bericht aus der Verwaltung* - über die Planungen für eine Galerie und für ein Schulmuseum im Gebäude in der Kirchstraße bzw. Kirchplatz 7 zu informieren sowie über den Stand zum Radweg Schöneiche - Kallinchen.

Herr Schulz informierte darüber, dass am Feuerwehrgerätehaus in Kallinchen Vermessungsarbeiten stattfanden, die in Zusammenhang mit dem Radweg stehen könnten.

Zu 6.

Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder

Herr Reinhardt regte an, dass sich der Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen mit dem Thema Landesgartenschau beschäftigen solle.

Herr Preuß informierte über eine Pressemeldung von Anfang Februar 2012, wonach Infrastrukturminister Jörg Vogelsänger ankündigte, dass die Landesgartenschau im kommenden Jahr in Prenzlau die letzte sein könnte. Für weitere Veranstaltungen sieht er keine Finanzierungsmöglichkeiten mehr. Hier bleibt jetzt abzuwarten, ob diese Äußerung endgültig ist.

Zu 7.

Einwohnerfragestunde

Herr Schmitt fragte, wie es mit dem Kiessee Horstfelde und der Badestelle weitergehen soll. Er wies auf die Parkplatzproblematik im Sommer hin.

Herr Preuß informierte über die Planungen der Verwaltung, die aus dem Vorentwurf zum FNP hervorgehen. Demnach ist am Kiessee auf einer über 20 ha großen Fläche ein Campingplatz geplant.

Herr Tschorn fragte den Ortsvorsteher von Kallinchen, Reinhard Schulz, ob es stimmt, dass der Campingplatz Kallinchen einer Wohnbebauung weichen soll. Herr Preuß bestätigte, dass der Vorentwurf zum FNP für die Stadt Zossen, der von der Verwaltung vorgelegt wurde, diese Planungen vorsieht. Herr Schulz bestätigte, dass sich der Ortsbeirat Kallinchen für den Erhalt des Campingplatzes ausgesprochen hat. Eine Bebauung an dieser Stelle darf nicht erfolgen.

Herr Reinhardt verwies ebenfalls auf den Vorentwurf zum FNP, wonach dafür unverständlicherweise der Campingplatz Kallinchen einer Wohnbebauung weichen soll. Er kritisierte diese Planungen. Kallinchen ist ein bedeutender Ort für den Tourismus. Die touristische Infrastruktur ist zu erhalten.

Herr Schmitt fragte an, wie es mit dem Haus der Vereine weitergehen soll. Herr Preuß erinnerte an den Beschluss der SVV vom November 2011. Demnach sollen Untersuchungen über den Zustand des Gebäudes für eine mögliche Nachnutzung in Auftrag gegeben werden. U. a. soll geprüft werden, ob das Haus als Begegnungsstätte bzw. als Haus der Vereine umgestaltet werden kann. Leider haben die Stadtverordneten keine Informationen darüber, ob damit bereits begonnen wurde. Herr Preuß verwies auf die Finanzausschusssitzung am 13.02.2012. Dort soll der Haushaltsplan eingebracht werden. Aus dem Haushaltsplan kann dann entnommen werden, ob die Verwaltung für die Planungen und für die erforderlichen baulichen Maßnahmen Kosten eingeplant hat.

Frau Hein fragte an, was mit dem Bahnhof Zossen passiert. Der Zeitung war zu entnehmen, dass jetzt mit den Arbeiten begonnen wurde. Es ist aber noch nichts zu sehen. Herr Preuß informierte darüber, dass einige Entkernungsarbeiten stattgefunden haben. Neue Aufträge können nicht ausgelöst werden, da sich die Stadt seit 01.01.2012 in der vorläufigen Haushaltsführung befindet. Auch hier gilt es jetzt zu prüfen, welche Kosten für den Bahnhof im Haushalt eingeplant sind.

Zu 8.

Stand der Bearbeitung des LEADER-Projektes zur Betreuung kommunaler Freizeiteinrichtungen in Kallinchen

Herr Preuß erinnerte an die Arbeitsberatung am 30.11.2011 mit Mitgliedern des Ausschusses KTL und Frau Herrmann in Kallinchen. Damals wurde der Zwischenstand präsentiert.

Frau Friedrich teilte mit, dass das Projekt nunmehr abgeschlossen ist. Die Ergebnisse liegen vor und es gibt Gespräche mit der Bürgermeisterin.

Eine erste Besprechung fand am 24.01.2012 statt und das nächste Gespräch ist für den 08.02.2012 geplant.

Frau Friedrich informierte zudem darüber, dass der Campingplatz seit November 2011 nicht mehr Gegenstand des Vertrages zwischen Heimatverein Kallinchen und der Stadt ist.

Frau Friedrich und Herr Schulz bestätigten, dass es für eine Betreibergesellschaft kommunaler Freizeiteinrichtungen ökonomisch von Vorteil ist, wenn das Strandbad und der Campingplatz einbezogen werden. Ohne die Betreuung des Campingplatzes könnte die Betreibergesellschaft auf regelmäßige Zuschüsse der Stadt angewiesen sein.

Der Campingplatz bringt regelmäßige Einnahmen. Die Einnahmen aus dem Betrieb des Strandbades schwanken hingegen saisonal. Ziel ist es, dass die Betreibergesellschaft neben dem Strandbad und dem Campingplatz auch die Wanderwege um Kallinchen und den Sport- und Freizeitpark betreut.

9. Rad- und Wanderweg am Nottekanal - Stand der Umplanungen und Fördermittelbeantragung

Herr Preuß informierte die Ausschussmitglieder über die im Dezember von der SVV beschlossene Prioritätenliste für Rad-, Geh- und Wanderwege. Der Rad- und Wanderweg am Nottekanal steht an erster Stelle der Liste. Allerdings war der Weg auch in der Vergangenheit mit hohen Prioritäten versehen, und dennoch nicht realisiert worden. Insofern soll die Pauschale im Haushalt durch jetzt mit der Prioritätenliste beschlossenen Einzelmaßnahmen unteretzt werden.

10. Panoramaweg in den Weinbergen

Die vom Ausschussvorsitzenden und Klaus Reinhard zugesicherte Begehung des Weges musste Witterungsbedingt verschoben werden.

11. Anträge von Fraktionen

11.1. Antrag der Fraktion SPD/LINKE vom 23.01.2012, eingegangen bei der Stadt Zossen am 24.01.2012: Kinder- und Jugendarbeit in gemeinnützigen Vereinen fördern; Vorlage: 006/12

Herr Preuß stellte den Inhalt der Richtlinie vor. Er erläuterte zudem, dass die Gelder, die für die Umsetzung der Richtlinie benötigt werden, nicht aus der Haushaltsstelle Förderung der Vereine genommen werden soll, sondern hierfür zusätzliche Mittel im Haushalt eingestellt werden sollen. Bei einer Rücklage von 11 Mio. € kann sich die Stadt diese Ausgaben für die Kinder- und Jugendarbeit leisten. Im Wesentlichen zielt die Richtlinie auf Sportvereine ab. Allerdings können auch Kultur- und Heimatvereine Mittel beantragen. Der Text der Richtlinie schließt das nicht aus.

Dr. Reinecke bat darum, prüfen zu lassen, wie hoch die finanziellen Auswirkungen für die Stadt sind, die sich aus der Umsetzung der Richtlinie ergeben. Die Ausschussmitglieder bestätigten den Vorschlag des Ausschussvorsitzenden, den Finanzausschuss zu bitten, die finanziellen Auswirkungen der Richtlinie zu prüfen. Hierzu wird die Verwaltung gebeten, dem Finanzausschuss die entsprechenden Zuarbeiten zur Verfügung zu stellen.

Herr Schulz regte an, die Richtlinie auf die Sportvereine zu begrenzen. Kultur- und Heimatvereine erhalten bereits Gelder aus den Mitteln für Vereine. Diese Mittel werden von den Ortsbeiräten verteilt. Dabei werden insbesondere Vereine berücksichtigt, die Kinder- und Jugendarbeit leisten.

Herr Preuß fragte nach, ob dieser Änderungsvorschlag als Antrag behandelt werden soll. Da dies die Zustimmung fand, stellte er folgenden Antrag zur Abstimmung:

Die Richtlinie der Stadt Zossen über die Gewährung von Zuwendungen für die Kinder- und Jugendarbeit in gemeinnützigen Vereinen soll nur auf Sportvereine der Stadt Zossen Anwendung finden.

Abstimmungsergebnis: 3/0/0

Damit wurde die so geänderte Richtlinie einstimmig angenommen.

Carsten Preuß
Ausschussvorsitzender